

## Halbzeitbilanz

Im Herbst dieses Jahres ist Halbzeit. Nach zwei Jahren christlich-liberaler Koalition in der 17. Legislaturperiode lohnt sich eine Zwischenbilanz. Diese kann sich weiß Gott sehen lassen. Gerne möchte ich Ihnen an zahlreichen Beispielen unsere erfolgreiche Arbeit aufzeigen:

1. für unser Land und für Europa, S. 1
2. für den Kreis Warendorf und die Region, S. 9

<b>1. Für unser Land und für Europa</b>
---

### Erfolgreiche Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009/2010

#### Wachstumsbeschleunigungsgesetz

In einem ersten Schritt wurde das Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums verabschiedet. Mit diesem Gesetz haben wir eine Reihe von steuerpolitischen Maßnahmen beschlossen, die es den Unternehmen erleichtern, mit den Auswirkungen der Krise besser fertig zu werden: Wir haben die steuerrechtlichen Vorschriften bei der Gewinnermittlung entschärft, die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert und eine mittelstandsfreundliche Regelung im Bereich der Erbschaftsteuer geschaffen. Darüber hinaus werden im Erbrecht Geschwister nicht mehr wie Fremde behandelt. Entlastungen für Familien mit Kindern: Wir haben Entlastungen für Familien mit Kindern durch die Anhebung des Freibetrages für Kinder (400 Mio. €) und durch die weitere Anhebung des Kindergeldes um 20 € (4,2 Mrd. €) beschlossen. Zum Jahresbeginn traten somit für die Bürgerinnen und Bürger Entlastungen im Umfang von ca. 21 Mrd. € in Kraft.

#### Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz:

Mit dem im März 2010 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialversicherungssysteme haben wir einen Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgespannt. Einen Anstieg der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung, der ansonsten unvermeidlich gewesen wäre, haben wir verhindert, indem wir das Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit zur Abdeckung ihres Defizits im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von voraussichtlich 16 Mrd. € in einen einmaligen Zuschuss umgewandelt und den vorgesehenen Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung einmalig in diesem Jahr um zusätzlich 3,9 Mrd. € auf insgesamt 15,7 Mrd. € aufgestockt haben.

#### Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

Die durch das Konjunkturpaket II eingeführten befristeten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld (Bezugsverlängerung auf bis zu 18 Monate) wurden im Sommer mit dem Beschäftigungschancengesetz fast vollständig nochmal bis 31. März 2012 verlängert, so auch die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.

### Restrukturierungsgesetz

Mit dem verabschiedeten Restrukturierungsgesetz werden die Eckpunkte zur Bankenrestrukturierung und Finanzmarktregulierung vom 31. März 2010 umgesetzt sowie die Gehälter von Mitarbeitern staatlich gestützter Banken auf 500.000 Euro pro Jahr gedeckelt. Bei Banken, an denen der Staat mit mehr als 75 Prozent beteiligt ist, werden variable Vergütungen wie Boni komplett gestrichen. Durch die Einführung einer Insolvenzordnung für Kreditinstitute ist eine geordnete Sanierung oder Abwicklung von Banken, die in eine Schieflage geraten sind, möglich. Zudem bringt der Finanzsektor durch Einführung einer Bankenabgabe die Kosten für die Abwicklung einer systemrelevanten Bank selbst auf, so dass sich das Engagement des Staates auf das Notwendigste beschränken kann.

### Sparpaket

Um die Finanzmittel, die in der Krisenbewältigung eingesetzt worden sind wieder einzusparen und auch mit Blick auf die Schuldengrenze in 2016 hat die Bundesregierung ein Sparpaket beschlossen, es hat weitere besondere Zielsetzungen: Durch nachhaltiges Sparen nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Deshalb konsolidieren wir vorwiegend auf der Ausgabenseite, deshalb schaffen wir Anreize für die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Arbeit, deshalb vermeiden wir leistungshemmende Steuererhöhungen und investieren in Bildung und Forschung. Aber wir sparen nicht nur nachhaltig, sondern wir sparen auch gerecht. Wir beteiligen Verwaltung, Unternehmen und Sozialleistungsempfänger gleichermaßen an den zu schulternden Lasten. Nur wenn wir nachhaltig konsolidieren, werden wir nachhaltig wachsen. Die Banken werden über eine Abgabe und eine auf europäischer Ebene voranzutreibende Finanzmarkttransaktionssteuer an den Krisenkosten beteiligt.

#### Fazit:

**Schon nach ca. 15 Monaten war Deutschland als „Wachstumslokomotive in Europa“ wieder raus aus der Krise.**

**Und heute – im Herbst 2011:**

- **weiter 3% Wirtschaftswachstum**
- **Arbeitslosenzahl seit Kanzler Schröder (2005 = 5 Millionen) fast halbiert!**
- **Sozialkassen gefüllt!**
- **Neuverschuldung deutlich wieder zurückgefahren! Zur Zeit: Mit 1,5% Maastricht-Kriterium zur Neuverschuldung erfüllt / Prognose: Grundgesetz-Kriterium der Schuldenbremse von weniger als 0,35% wird voraussichtlich 2015 erreicht.**

## Im Einzelnen:

### Wirtschaftswachstum / Entwicklungen am Arbeitsmarkt

2010 ist die Wirtschaft in Deutschland um 3,6 % gewachsen – nach einer Absenkung des BIP in Höhe von 5,1% in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009, so stark wie noch nie seit der Deutschen Einheit und zweimal so stark wie in den EU-Ländern im Durchschnitt. In diesem Jahr wird sich der Aufschwung mit voraussichtlich 3 % fortsetzen.

Der Arbeitsmarkt ist in der besten Verfassung seit der Wiedervereinigung. Nahezu 41 Millionen Menschen sind erwerbstätig, so viele wie nie zuvor. Innerhalb des letzten Jahres sind eine halbe Million Arbeitsplätze zusätzlich entstanden. Die Arbeitslosenzahl geht überall im Land zurück und unterschreitet inzwischen deutlich die Drei-Millionen-Grenze. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringerte sich im Mai 2011 um 19 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Jugendarbeitslosigkeit ging im gleichen Zeitraum um 16 Prozent zurück und liegt mit 5,5 Prozent sehr deutlich unter dem EU-Durchschnitt von rund 20 Prozent (Spanien 44 Prozent). Eine niedrige Arbeitslosenrate nützt allen: den Beschäftigten, die mehr Geld in der Tasche haben; der Gesamtwirtschaft, die durch die Binnennachfrage zusätzlich wächst. Aber auch der Staat profitiert, weil er mehr Steuern einnimmt und die Sozialkassen entlastet werden. Entscheidend ist das Zukunftsvertrauen der Bürger und Unternehmen. Dazu hat auch die christlich-liberale Koalition mit wachstumsorientierter Haushaltskonsolidierung und sorgsamem Rückzug aus krisenbedingten Stützungsmaßnahmen beigetragen.

### Verbesserung der Lage der Kommunen

Mit der schrittweisen Übernahme der Altersgrundsicherung durch den Bund werden insbesondere strukturell benachteiligte Städte, Gemeinden und Kreise dauerhaft entlastet. Konkret sparen die Kommunen allein bis 2015 Kosten in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Ab 2015 werden die Grundsicherungskosten im Alter und bei Erwerbsminderung sogar zu 100 Prozent vom Bund getragen. Die Koalition korrigiert damit Entscheidungen von Rot-Grün aus dem Jahr 2003. Damals war die Altersgrundsicherung einfach ohne Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden. Deren Kosten haben sich seither verdreifacht und betragen heute circa 3,9 Milliarden Euro jährlich.

### PID

Ich gehöre zu den Unterzeichnern für ein vollständiges Verbot der PID. Es gab eine lange, intensive und sachliche Diskussion in der 1. und 2. Lesung des Gesetzes. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages mit 306 Stimmen von 596 abgegebenen Stimmen für die Zulassung der PID hat mich schwer enttäuscht. Ich trete entschlossen ein für den Schutz auch des menschlichen Lebens von Anfang an, das durch die Verschmelzung von Ei- und Samenzelle entstanden ist.

Bei der PID geht es in letzter Konsequenz um Selektion menschlichen Lebens. Eine Entscheidung darüber zu treffen, wo nach begrenzter Zulassung der PID die Grenze gezogen wird und vor allem mit welcher Legitimation das geschehen soll, lehne ich rundherum ab. Für mich gibt es kein höheres Gut als den Schutz des menschlichen Lebens.

## **Staatsschuldenkrise, Euro- und Geldwertstabilität**

Im Zuge der Eurokrise haben wir die Abhängigkeit von den internationalen Finanzmärkten in einem zuvor nicht für möglich gehaltenen Ausmaß erfahren. Die Staatsschuldenkrise in Griechenland hat gezeigt, dass das Vertrauen der Finanzmärkte in den Euro nicht teilbar ist: Die Märkte betrachten den Euro immer als Ganzes. Daher müssen wir im Interesse aller Europäer mit Darlehen helfen und im Anschluss einen Schutzschirm für den Euro insgesamt schaffen. Nach Griechenland, wo die Umsetzung der Reformen sich nach einem kraftvollen Anfang deutlich verlangsamt hat und daher zur Zeit von der sogenannten Troika (IWF, EU-Kommission, EZB) über weitere Maßnahmen beraten wird, zeigten sich auch bei Irland und Portugal erhebliche Haushaltsprobleme und, daraus folgend, fehlende Liquidität. Sie stehen nunmehr unter dem temporären Euroschutzschirm.

Der Europäische Rat hat in diesem Frühjahr Maßnahmen beschlossen, die insgesamt darauf ausgerichtet sind, die Eurozone auf Dauer zu stabilisieren und sie für die zukünftigen weltwirtschaftlichen Herausforderungen zu wappnen. Zudem haben wir die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) erweitert und flexibilisiert, um ihr mehr Schlagkraft zu verschaffen und das Vertrauen an den Märkten zu erhöhen.

Ab Sommer 2013 wird der dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) greifen, der als transparentes Regelwerk unter klaren Konditionen den temporären Rettungsschirm ablöst. Im Zuge der Verhandlungen hat unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel Erfolge zu verzeichnen, u.a. die Beteiligung der privaten Gläubiger - jetzt schon bei Griechenland und dann verpflichtend beim ESM.

### **Aktuelle Entscheidungen im Oktober 2011:**

- Boni-Verzicht für Banker
- EFSF soll ihre Mittel künftig auf bis zu eine Billion vervielfachen können:  
Zwei Modelle:
  1. Art von Teilkaskoversicherung, bei der der EFSF-Fonds den Käufern neuer Anleihen von Krisenländern einen Teil des Ausfallrisikos abnimmt.
  2. Zweckgesellschaft mit einer Risikoteilung zwischen EFSF-Mitteln und Geldern anderer Investoren, zentral oder gesondert in einem Land, das Hilfen bekommt. Die Zweckgesellschaft würde in Staatsanleihen eines Landes investieren.
- Systemrelevante Banken sollen bis Mitte 2012 ihre Kernkapitalquote auf 9 Prozent aufstocken.
- Die Banken erlassen Griechenland 50% der Schulden, was rund 100 Milliarden Euro entspricht. Dadurch soll der Schuldenstand Griechenlands bis 2020 von jetzt 160 auf 120 % des BIPs gedrückt werden.

## **Energiekonzept Herbst 2010 und Energiewende 2011**

Der Deutsche Bundestag hat die Grundentscheidung getroffen, seine Energieversorgung in Zukunft aus erneuerbaren Quellen zu decken. Im Herbst 2010 hat die Bundesregierung in ihrem Energiekonzept die Weichen für den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gestellt. Die Kernenergie hatte darin eine Brückenfunktion, bis die erneuerbaren Energien zuverlässig ihre Rolle übernehmen können und die dafür notwendige Energieinfrastruktur ausgebaut ist. Nach der bis dahin unvorstellbaren Havarie von Fukushima mussten wir die Rolle der Kernkraft und ihre Restrisiken allerdings überdenken und neu bewerten. Wir haben uns daher entschieden, schrittweise bis spätestens Ende 2022

vollständig auf die Stromerzeugung in deutschen Kernkraftwerken zu verzichten. Die während des Moratoriums im Frühjahr abgeschalteten sieben Kernkraftwerke sowie das Kernkraftwerk Krümmel werden nicht wieder ans Netz gehen. Der schnellere Ausstieg aus der Kernenergie erfordert, dass wir den mit dem Energiekonzept bereits angelegten grundlegenden Umbau unserer Energieversorgung deutlich beschleunigen müssen. Wir entwickeln deshalb unser Energiekonzept fort. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll von heute 20 Prozent des Stromverbrauchs auf mindestens 35 Prozent im Jahr 2020 steigen. Bis 2030 strebt die Bundesregierung einen Anteil von 50 Prozent an, 2040 sollen es 60 Prozent und 2050 dann 80 Prozent sein. Dieser Weg wird so ausgestaltet, dass die Grundlagen für einen Strommarkt gelegt werden, der zunehmend aus erneuerbaren Energien besteht. Das erfordert, dass das Zusammenspiel des konventionellen Kraftwerksparks mit der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien optimiert wird (Markt- und Systemintegration). Die erneuerbaren Energien sollen stärker bedarfsgerecht Strom erzeugen und Systemdienstleistungen für die Netz- und Versorgungssicherheit erbringen können. Umgekehrt sollen Speicher und ein zunehmend flexibler konventioneller Kraftwerkspark die fluktuierende Stromerzeugung aus Erneuerbaren stärker ausgleichen. Wichtig ist, dass Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit erhalten bleiben!

### **Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur**

Solide Haushaltsverhältnisse und mehr investive Mittel für den Verkehr leisten einen starken Beitrag für die Fortsetzung erfolgreicher Wachstumspolitik in Deutschland. Unser Land ist das Kernland Europas, es ist ein Transitland und der größte Logistikstandort der Welt.

Beim Verkehrsträger „Straße“ haben drei Punkte hohe Bedeutung:

1. Wir konnten die Investitionslinie für 2012 mit über 10 Mrd. € auf hohem Niveau verstetigen. Das ist mehr als in den Jahren vor der Krise und mehr als in 2011. Zudem hat die Koalition für das Jahr 2012 eine Milliarde an Investitionsmitteln für die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserwege zusätzlich bereit gestellt. Hier bemühen wir uns darum eine Mehrjährigkeit des Aufwuchses an Investitionsmitteln zu erreichen.
2. Im Jahre 2011 wurde der „Finanzierungskreislauf Straße“ gemäß Koalitionsvertrag hergestellt.

Eine immer stärkere Nutzung und Belastung unserer Verkehrsinfrastruktur erfordert substanzerhaltende und funktionssichernde Maßnahmen. Allein für Brückensanierungen sind gegenüber früheren Jahren doppelt soviel Mittel im Bundeshaushalt eingestellt.

### **Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP)**

Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel gilt unser Augenmerk besonders Ansätzen zur Optimierung von Bestand und Ausbau. Dazu gehört das Thema „Öffentliche Private Partnerschaften“:

- Mit ÖPP haben wir die ersten sehr positiven Erfahrungen im Bundesfernstraßenausbau gemacht.
- Die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Investoren bewirkt Effizienzsteigerungen und schafft zu dem Impulse für weitere Innovation.
- Mit ÖPP kann schon durch die Bündelung baubedingter Staus auf einen kürzeren Zeitpunkt volkswirtschaftlicher Nutzen erreicht werden.

- Vor allem können hochbelastete Autobahnstrecken mit vordringlichem Ausbaubedarf früher begonnen und schneller realisiert werden.
- Der Ausbau der A1 zwischen Lotte und Kamen wäre im ÖPP-Verfahren deutlich schneller realisierbar. Aus ideologischen Gründen wird dies aber von der rot-grünen Landesregierung abgelehnt.

#### Stärkung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG):

Neben der ÖPP – Finanzierung verfolgen wir weiter mit Nachdruck den Prüfauftrag zur Herstellung eines Finanzierungskreislaufes Straße unter direkter Zuweisung der LKW-Maut an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG). Auch hier geht es um die Verstetigung der Verkehrsfinanzierung im Sinne moderner Infrastrukturpolitik.

Wir wollen eine begrenzte Kreditfähigkeit der VIFG. Damit können Schwankungen bei den Mauteinnahmen ausgeglichen werden. Eine kontinuierliche Abfinanzierung von Verkehrsprojekten wird somit ermöglicht. Die begrenzte Kreditermächtigung der VIFG dient also der Finanzierung laufender neuer Ausbaumaßnahmen und erreicht eine optimale Verwendung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel.

#### Verkehrssicherheit

Im Zeitraum von 1970 bis 2010 hatte die Zahl der Verkehrstoten pro Jahr von 20.000 auf 4.000 abgenommen. Trotz eines Anwachsens der Unfallziffer um 4,2% starben im Jahre 2010 auf Deutschlands Straßen mit 3.648 so wenig Menschen wie seit 60 Jahre nicht mehr.

Damit haben wir in den letzten 10 Jahren die Zahl der Verkehrstoten mit 48 % in unserem Lande nahezu halbiert! Ziel führend war dabei auch unsere Initiative zur Einführung des begleiteten Fahrens mit 17 als Dauerrecht.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Erhöhung der Sicherheit auf unseren Straßen ist die Beseitigung des LKW-Stellplatzdefizites. Hier ist es unser Bestreben bis Ende 2012 ca. 40.000 Stellplätze bereitstellen, also 12.000 mehr als noch in 2008.

#### Elektromobilität

Mit der Umsetzung des „Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität“ im Rahmen des Zukunftsprojekts „Modellregion Elektroautos“ wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bis zum Jahre 2020 auf den deutschen Straßen eine Millionen Elektrofahrzeuge zum Einsatz kommen und Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität wird. Die Bundesregierung wird bis zum Jahre 2016 1,4 Mrd. € zur Förderung der Entwicklung alternativer Antriebe bereitstellen.

#### Wehrreform

Die Bundeswehr steht vor neuen Aufgaben. Die Bedrohungslage in Europa und der Welt hat sich gewandelt. Sicherheitsrisiken gehen heute seltener von Staaten aus und können ihren Ursprung auch in entlegenen Regionen haben. Daraus entstehenden Bündnisverpflichtungen muss Deutschland auch in Zukunft in vollem Umfang nachkommen können. Die Struktur der Bundeswehr muss so gestaltet sein, dass sie alle ihre Aufgaben optimal erfüllen kann – von der Landesverteidigung bis zu Kriseninterventionseinsätzen. Für eine weiterhin erfolgreiche und verlässliche deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, gemeinsam mit unseren

Bündnispartnern, brauchen wir die Reform der Bundeswehr. Mit dem Wandel zur „Freiwilligenarmee“ laden wir junge Menschen, unter dem Motto „Tu was für Dein Land“ ein, freiwilligen Wehrdienst zu leisten. Außerdem entsteht der Bundesfreiwilligendienst. Dieser wird den Zivildienst ersetzen.

### **Bildung und BAföG**

**Nachdem die Ausgaben für Bildung und Forschung in Deutschland zwischen 2006 und 2009 von 8,5 auf 9,3 Prozent des BIP gestiegen sind, investiert die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode zusätzlich 12 Milliarden Euro in diese beiden Zukunftsfelder.** Damit liegt das Ziel, zehn Prozent des Bruttonettoproduktes (Bildungsgipfel Oktober 2008), in greifbarer Nähe. Zudem gilt: Niemand soll auf ein Studium verzichten müssen, weil das Geld fehlt. Aus diesem Grund hat die Koalition in dieser Wahlperiode erneut das BAföG angehoben – durchschnittlich um 13 Euro im Monat. Zudem soll gute Leistung belohnt werden: Das Stipendengesetz ermöglicht bis zu 10.000 begabten Studierenden, 2011 erstmals ein Stipendium von monatlich 300 Euro zu erhalten. Angesichts doppelter Abiturjahrgänge und dem Wegfall der Wehrpflicht finanziert der Bund darüber hinaus gemeinsam mit den Ländern von 2011 bis 2015 zusätzlich 275.000 Studienplätze. Mit dem 2010 beschlossenen „Qualitätspakt Lehre“ werden bis 2020 weitere zwei Milliarden Euro in bessere Studienbedingungen investiert.

### **Maßnahmenpaket zur Steuervereinfachung**

Die christlich-liberale Koalition hält Wort. Der Steuerdschungel wird gelichtet. Die Steuererklärung kann künftig einfacher, schneller und auch papierloser erledigt werden. Mit den rund 40 Maßnahmen befreien wir zielgenau vor allem diejenigen Steuerzahler von unnötiger Steuerbürokratie, die ihre Steuererklärung noch regelmäßig selbst ausfüllen. Das damit verbundene steuerliche Entlastungsvolumen von jährlich 590 Mio. Euro kommt Arbeitnehmern und Familien mit Kindern zugute.

Hinzu kommt eine spürbare Reduzierung von Bürokratiekosten. Allein die Unternehmen werden so um 4 Mrd. Euro pro Jahr an Bürokratieaufwand entlastet. Das Maßnahmenpaket zur Steuervereinfachung zeigt eindrucksvoll, dass eine spürbare Steuervereinfachung auch in Zeiten knapper Kassen möglich ist. Es enthält unter anderem die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 920 Euro auf 1.000 Euro, die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die Einführung des Jahresprinzips bei der Günstigerprüfung zur Entfernungspauschale, die Einführung einer elektronischen vorausgefüllten Steuererklärung. Die Union wird dafür Sorge tragen, dass die vereinbarten Maßnahmen nun auch zügig umgesetzt werden. Zudem sollen weitere Maßnahmen z.B. zur Vereinfachung des Unternehmensteuerrechts folgen.

### **Jobcenterreform**

Nach langen Verhandlungen haben wir den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: **Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand ist in eine verfassungsgemäße Form überführt.** Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Die 69 bestehenden Optionskommunen sind entfristet worden. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten. Unser Widerstand gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD in der letzten Legislaturperiode hat sich gelohnt.

### **Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze**

Die Koalition hat mit der Reform der Grundsicherung die Chancen der Menschen verbessert, aus Hartz-IV herauszukommen. Insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dafür Sorge getragen, dass die Regelleistung nicht willkürlich erhöht wurde, sondern – wie vom Verfassungsgericht gefordert – nachvollziehbar berechnet wird. Alles andere wäre ungerecht gegenüber den Steuerzahlern und Bürgern mit geringem Einkommen. Zum 1. Januar 2010 stieg der Regelsatz um fünf Euro an. Zum 1. Januar 2012 wird er – unabhängig von der Anpassung an die Preisentwicklung – um weitere drei Euro erhöht werden. Zentraler Bestandteil der Reform ist ein Bildungspaket für 2,5 Millionen Kinder in Höhe von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr. Im Sinne der Arbeitnehmer hat die Koalition im Wach- und Sicherheitsgewerbe, in der Zeitarbeit und der Pflege einen Mindestlohn eingeführt. Denn wenn die Tarifpartner alleine Dumpinglöhne nicht verhindern können, muss der Staat helfen.

### **Gesundheitsreform**

Wir sichern unser exzellentes Gesundheitssystem und die flächendeckende Gesundheitsversorgung auf höchstem Niveau. Gleichzeitig begegnen wir wirksam den Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt ergeben. Mit der Einführung des Zusatzbeitrags in der Krankenversicherung wurden die Gesundheitskosten von den Lohnnebenkosten entkoppelt. Mehrausgaben der Kassen führen damit künftig nicht zu weniger Beschäftigung. Wir haben dafür gesorgt, dass mit dem Zusatzbeitrag niemand überfordert wird: Für den Fall, dass er eine gewisse Grenze übersteigt, greift ein automatischer Sozialausgleich.



## **2. Für den Kreis Warendorf und die Region**

### **Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – „hartes Ringen, aber erfolgreich“**

Das Gesetzgebungsverfahren zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts ist bereits seit 12 Monaten anhängig. Schon im Rahmen der Ressortbeteiligung im Herbst 2010 bin ich im Sinne der kommunalen Träger tätig geworden. So haben u.a. in meinem Berliner Büro zahlreiche Erörterungsgespräche zu dieser Thematik mit den zuständigen Vertretern der Unionsfraktion stattgefunden, an denen auch der Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf (AWG), auch als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung (ASA), Herr Thomas Grundmann teilgenommen hat. Ich stehe zudem in ständigem Kontakt mit den Fachverbänden. So ist es unsere Zielsetzung, dass nach der pflichtigen Umsetzung dieser EU-Richtlinie die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

Ende September hat ein intensives Gespräch zum §17 Abs. 3 mit der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Marie-Luise Dött stattgefunden. Diese hatte sich auch schon persönlich ein Bild der AWG-Anlagen in Ennigerloh vor Ort gemacht. In Bezug auf den §17 hat die AG-Kommunalpolitik auf meine Initiative einen Änderungsvorschlag formuliert und an das Bundesumweltministerium sowie an die zuständigen Gremien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versandt. Es wurde eine richtige „Hängepartie“, aber meine Freunde aus der KPV und ich, wir haben es schlussendlich geschafft: Ein Aushöhlen der kommunalen Trägerschaft konnten wir verhindern. Es ist mir wichtig, dass die guten kommunalen Strukturen in der Abfallwirtschaft erhalten bleiben, natürlich auch mit Blick auf die Gebührenentwicklung für die Bürger sowie einer starken Infrastruktur.

### **Erhalt der Bundeswehrstandorte im Kreis Warendorf – gelungen!**

Gemeinsam mit mir besuchten der Verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ernst-Reinhard Beck MdB und das Mitglied im Verteidigungsausschuss aus Nordrhein-Westfalen Jürgen Hardt MdB, der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion Jörg van Essen aus Hamm sowie Ahlens Bürgermeister Benedikt Ruhmüller die Westfalenkaserne in Ahlen. Zuvor machten die Verteidigungspolitiker Beck und Hardt sich schon ein Bild von der Bundeswehrrsportschule in Warendorf. Mit Blick auf die anstehende Reform der Bundeswehr informierten sich die Fachpolitiker über die Standorte vor Ort und zeigten sich beeindruckt von den sehr guten Ausbildungsmöglichkeiten der beiden Standorte. Damit begann mein Einsatz für den Erhalt der beiden Standorte an der Seite herausragender Persönlichkeiten aus der Region. Wir hatten starke Argumente und waren erfolgreich trotz 37% Reduzierung im Rahmen der Wehrreform. Die Standorte Warendorf, Ahlen und die Funksendestelle Albersloh bleiben erhalten. Ein großer Erfolg!

### **Mehr Geld für die Kommunen**

Als langjähriger Kommunalpolitik habe ich in der Bundespolitik erfolgreich für eine finanzielle Entlastung der Städte und Gemeinden gekämpft. Es ist uns gelungen, eine Aufgabe aus dem Sozialleistungsbereich wieder an den Bund zurückzuführen. Hierzu habe ich zahlreiche KPV-Gespräche geführt. Der Kreis Warendorf wird ab 2014 mit jährlich 8,7 Millionen Euro durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei

Erwerbsminderung durch den Bund entlastet. Die Entlastung beginnt 2012 mit 45%, erhöht sich 2013 auf 75% und ab 2014 werden 100% übernommen.

### **Mein Einsatz für die Verkehrsinfrastruktur für unsere Region und für NRW**

Die B64, B58 und B475 sind die Hauptverkehrsachsen im Kreis Warendorf. Ihr Ausbau ist von enormer Bedeutung für unsere Region. Ein gut ausgebautes Verkehrssystem ist einer unserer wichtigsten Standortfaktoren. Deshalb müssen wir alles daran setzen, unsere Verkehrswege dauerhaft leistungsfähig zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. Wir rechnen im Bund bis 2025 mit einer Zunahme im Güterverkehr um 70 Prozent. Diese Zahl lässt sich zwar nicht direkt auf den Kreis Warendorf übertragen, man kann aber daraus ablesen, dass wir unsere Infrastruktur auf diesen Zuwachs ausrichten müssen. Wir brauchen die Ortsumgehungen zum Schutz der Bürger und für eine erfolgreiche Entwicklung der Region.

Ich befinde mich daher in einem regelmäßigen Austausch mit dem für Nordrhein-Westfalen zuständigen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann MdB. Vor Ort stehe ich im regelmäßigen Diskurs mit dem Landesbetrieb, den Anliegergemeinden sowie den zuständigen Ausführungsbehörden. In diesem Zusammenhang stand auch ein Dialog mit der IHK Nord-Westfalen habe ich beispielsweise auch der Spitze der IHK Nord Westfalen einen Gesprächstermin und dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMVBS Enak Ferlemann MdB.

### **Bahnstrecke Münster-Rheda**

Aufgabenträger, Anrainergemeinden und Deutsche Bahn sind sich einig, dass zusätzliche Verkehre (Halbstundentakt) auf der Strecke wünschenswert sind. Die dafür notwendige Geschwindigkeitserhöhung auf abschnittsweise 100 km/h ist durch Beseitigung von Bahnübergängen beziehungsweise den Einbau von technischen Sicherungen von Bahnübergängen erreichbar. Mit den Anrainer-Kommunen, dem Kreis Warendorf sowie dem Aufgabenträger ZVM sind die Maßnahmenpakete abgestimmt, die in den kommenden Jahren sukzessive umgesetzt werden sollen. Unter anderen wegen des Baurechts kann derzeit kein exakter Zeitplan für die Gesamtstrecke genannt werden.

Diese Arbeiten begleite ich durch regelmäßige Gespräche mit den zuständigen Entscheidungsträgern. So finden sowohl mit dem Generalbevollmächtigten der DB in NRW Reiner Latsch als auch mit dem Geschäftsführer des ZVM Michael Geuckler zweimal im Jahr Gespräche statt. Gleiches gilt für die zuständigen Stadtverwaltungen entlang der Strecke.

### **Warendorf Osttor**

Im Rahmen eines Erörterungstermin habe ich die häufigen Ausfälle der Signalanlagen am Osttor/Bahnübergang Splieterstraße thematisiert. Im Rahmen des Gespräches sagte die deutsche Bahn zu, die erst für 2014 vorgesehene Erneuerung der Anlage schon 2012 zu planen und im Jahre 2013 dann zu verwirklichen. Wir hoffen nun auf die schnellere Lösung der Problematik, die für viele Verkehrsteilnehmer immer wieder unangenehm lange Wartezeiten mit sich bringt.

### **B-64 in Beelen**

Ebenso habe ich die technischen Probleme an der Signalanlage an der B 64 in Beelen/Abzweig Letter Straße zum Thema gemacht. Die Vertreter der DB Netz wiesen darauf hin, dass die neuerlichen Probleme wohl erst Mitte 2012 gelöst werden könnten. Die DB

Netz erklärte sich bereit, bis dahin die schon mal existente erweiterte Beeinflussung der Signalanlage kurzfristig wieder herzustellen, was für den Verkehrsfluss auf der B 64 schon eine deutliche Verbesserung bewirkt.

#### B-58n

Zur innerstädtischen Entlastung der Stadt Beckum und zur schnelleren An- bzw. Abfahrt von Zementfahrzeugen ist die der Bau der B-58n absolut notwendig. In regelmäßigen Gesprächen geht es mir um einen schnellen Prozessablauf. Die 3,8 Km lange Straße befindet sich derzeit in der Planfeststellung und steht mit der Fertigstellung des Wertgutachtens kurz vor dem Planfeststellungsbeschluss.

#### B-475n

Für den Raum Beckum / Ennigerloh ist der Bau der B-475n absolut notwendig. Die Linie dieser wichtigen Verkehrsachse ist geklärt und abgestimmt. Wir erwarten im Jahr 2012 den Entwurf. So können wir 2014 voraussichtlich in die Planfeststellung gehen.

#### Ennigerloh Ostring

Zur Entlastung von Ennigerloh-Mitte und Ostenfelde ist der Bau des Ostrings unerlässlich. In zahlreichen Gesprächen habe ich mich daher für den Bau eingesetzt. Es ist für mich unverständlich, dass der Rat der Stadt Ennigerloh sich gegen den Bau entschieden hat, obwohl wir die einmalige Chance auf starke Förderung durch Mittel nach dem Gemeindeverkehrs-finanzierungsgesetz hatten. Das Projekt befindet sich nunmehr im „NRW-Anhang“.

#### Westfälische Landeseisenbahn

Zur Zukunft der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE) fand zu Beginn des Jahres 2010 ein Fachgespräch zwischen Politikern aus der Region, Vertretern der WLE und der Bundesregierung in Berlin statt. Hoffnung macht uns, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag den Güterverkehr auf nicht bundeseignen Schienenwegen unterstützen will, wenn ein Bundesinteresse gegeben ist. Wir sind optimistisch, ein solches Bundesinteresse im Hinblick auf die WLE noch in dieser Wahlperiode darstellen zu können.

#### **Münsterland und NRW**

Natürlich engagiere ich mich ferner für den Ausbau der Infrastruktur in NRW und dem Münsterland. Hier seien einmal die Projekte „Betüwe-Linie“, RRX, Verbindung Münster-Lünen, die A33, die B67n, die B51n Münster und die B... (Münster) genannt.

#### Ausbau der A1 zwischen Lotte und dem Kamener Kreuz (Öffentlich-Private-Partnerschaft)

Der Ausbau der A1 auf sechs Spuren wird sich ohne private Mittel deutlich in die Zukunft verschieben. Ein Ausbau zwischen Kamener Kreuz und Osnabrück bis 2020 ist auf herkömmliche Art nicht realisierbar.

Dem Bauboom der sechziger und siebziger Jahre ist es geschuldet, dass der Sanierungsbedarf unserer Bundesstraßen heute und stärker noch in den kommenden Jahren drastisch ansteigen wird. Die Folge ist, dass der Bund viel Geld für die Instandhaltung in die Hand nehmen muss. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch weniger Finanzmittel für den Ausbau und genau deshalb ist die Verwirklichung im ÖPP-Verfahren sinnvoll.

Es ist unbestreitbar der gravierende Vorteil des Verfahrens, dass Autobahnstrecken zeitnah ausgebaut werden können. Die ersten vier Modelprojekte in der ÖPP-Finanzierung stimmen

positiv: Die Realisierung der Verkehrsprojekte ist schneller, effizienter und wird über die gesamte Nutzungsdauer optimiert.

Gerade mit Blick auf das Münsterland hat die Politik der rot-grünen Landesregierung fatale Folgen. Wir wissen, dass der Schwerlastverkehr im Zeitraum von 2004 bis 2025 um bis zu 70 Prozent steigen wird. Gleichzeitig rechnen die Experten zusätzlich mit einer deutlichen Zunahme des PKW-Verkehrs. Gerade der enorm steigende Güterverkehr aus den Nordseehäfen wird sich dann regelmäßig auf dem einzigen nicht ausgebauten Teilstück der A1 zwischen Lotte und Münster stauen.

Da ist es doch sehr verwunderlich, wenn Staatssekretär Horst Becker im Landesverkehrsministerium von „finanziellen Risiken“ des ÖPP-Verfahrens spricht. Wird doch durch die Verhinderung des ÖPP-Projektes ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden entstehen. Auch das Argument der „erheblich besseren Kreditkonditionen“ greift zu kurz. Alleine durch die deutlich effizientere Arbeitsweise eines privaten Anbieters und die schnellere Umsetzung der Projekte entstehen Kostenvorteile, die höher zu werten sind, als die nur moderat höheren Kreditkonditionen privater Anbieter.

Eine ideologische Ausrichtung mit der Verhinderung von ÖPP-Projekten hilft weder den Menschen noch der Region.

#### Wasser- und Schifffahrtsverwaltung - Direktion West weiter in Münster und das Amt bleibt in Rheine

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Dieter Jasper und Jens Spahn aus dem Kreis Steinfurt besuchte ich das Wasser und Schifffahrtsamt in Rheine. Begrüßt wurden wir vom stellvertretenden Leiter der Wasser- und Schifffahrtsdirektion West (WSD West) Michael Heinz und dem Leiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Rheine (WSA Rheine) Ulrich Wieching.

Im Rahmen der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) freuten sich alle Gesprächsteilnehmer über die Botschaft, dass weder die WSD West in Münster noch das WSA Rheine als Standorte gefährdet seien. Die Reformbemühungen wurden von allen Gesprächsteilnehmern begrüßt. Eine Neuausrichtung der WSV ist notwendig. Es gilt, Investitionen sinnvoll zu konzentrieren, die Effizienz der Verwaltung zu steigern und die Fachkompetenz der WSV langfristig zu sichern.

Bei der Kategorisierung sollen neben der beförderten Ladungsmenge auf Grundlage von aktuellen Daten und Prognosen nun auch andere Kriterien berücksichtigt werden – u.a. die Anzahl der Schiffe, Verkehrsfunktion, Volumina und Wertschöpfung der Transporte. Außerdem sollen die Ergebnisse der Untersuchungen zu den Verbesserungen von Infrastruktur und Marketing für den Wassertourismus einbezogen werden.

#### Mein Einsatz für die Landwirtschaft im Kreis Warendorf

Zweimal jährlich führe ich Gespräche mit dem Vorstand des landwirtschaftlichen Kreisverbands Warendorf über aktuelle Themen. Dazu zählten u.a. die EU-Planungen zur GAP nach 2013, Konsequenzen für die Landwirtschaft aus dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz, der Komplex Intensivtierhaltung und Baugesetzbuch sowie die Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012.

Im Mai 2011 habe ich zudem ein Gespräch mit dem Finanzexperten der Unionsfraktion im Bundestag Ralph Brinkhaus MdB vermittelt, bei dem er vor Ort mit den landwirtschaftlichen

Kreisverbänden Warendorf und Gütersloh über die umsatzsteuerliche Pauschalierung in der Landwirtschaft sowie weitere Steuerthemen diskutiert hat.

Im Rahmen der Verhandlungen zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2012 konnte ich erreichen, dass die **Vergütung für große Biogasanlagen wieder deutlich nach unten korrigiert** wird. Dies ist eine sehr gute Nachricht für die Betreiber bäuerlicher Biogasanlagen. Im Vorfeld des Gesetzentwurfs war von den Landwirten befürchtet worden, dass Anlagen von 500 bis 5000 KW im EEG 2012 stärker begünstigt werden sollten. Dadurch hätte sich die Konkurrenz um Flächen auch im Kreis Warendorf weiter verschärft – für Betreiber kleinerer Anlagen wäre die Situation erschwert worden. Ich habe mich persönlich bei Bundesumweltminister Norbert Röttgen für eine Rücknahme der ursprünglichen Planung eingesetzt. Die Umsetzung war in einer recht schwierigen Gemengelage ohne Zweifel ein Erfolg. Den Betreibern bäuerlicher Biogasanlagen haben wir somit Luft verschafft.

### **Intensivtierhaltung**

Auf meine Initiative kamen die Bürgermeister von Everswinkel, Ostbevern und Drensteinfurt Ludger Banken, Joachim Schindler und Paul Berlage sowie der Baudezernent der Stadt Warendorf, Oliver Knaup und der Bauamtsleiter der Gemeinde Everswinkel Norbert Reher zu einem Gespräch zur Novelle des Baugesetzbuches im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammen. Im Mittelpunkt des Gespräches, an dem auch der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz MdB teilnahm, stand die Frage besserer kommunaler Steuerungsmöglichkeiten an den Ortsrändern gegenüber größeren tierhaltenden Betrieben. Hier wird weiter verhandelt.

### **Zukunft der landwirtschaftlichen Brennereien**

Im Mai 2011 organisierte ich zusammen mit dem Abgeordnetenkollegen Alois Gerig eine vierte Gesprächsrunde zur Zukunft der landwirtschaftlichen Brennereien in Berlin. Nach zwei Gesprächen in Berlin 2010 und dem Vor-Ort-Termin in Werne im Februar 2011, bei dem eine Brennerei mit gekoppelter Biogasanlage besichtigt wurde, diskutierten Vertreter aus den Bundesministerien mit Abgeordneten und Brennereiverbänden, Brennern aus dem Kreis Warendorf sowie einem Vertreter aus der Wissenschaft über eventuell noch anzudenkende Fördermöglichkeiten und Marktnischen für die Brenner nach 2013 bzw. 2017, wenn das Branntweinmonopol ausläuft.

Alkohol als Energieträger sowie als Grundstoff für die chemische Industrie waren u.a. Ansätze, die nun genauer zu erarbeiten und zu bewerten sind.

### **Kreishandwerkerschaft Steinfurt / Warendorf zu Gast in Berlin**

Die Kreishandwerkerschaft Steinfurt / Warendorf diskutierte am 18. März 2010 auf meine Initiative hin zu aktuellen Themen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Peter Hintze im Bundeswirtschaftsministerium.

In der Gesprächsrunde wurden unter anderem die Auswirkung der Erbschaftssteuer auf Handwerksbetriebe, die staatliche Förderung überbetrieblicher Bildungsstätten und die Einführung eines Kleinkraftrad-Führerscheins mit 15 erörtert.

Der Kontakt zum Handwerk ist mir wichtig. Daher sind wir auch im Wahlkreis in einem regelmäßigen Dialog.

### Garten- und Landschaftsbau

Im September 2010 fand ein Dialog im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann statt. Der Geschäftsführer des Garten- und Landschaftsbauverbandes NRW, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Münsterlandes sowie ein Vertreter des Bundesverbandes berichteten Herrn Ferlemann und mir über aktuelle Initiativen im Gartenbaubereich wie z.B. das Forum Grüne Stadt.

### Gesprächsrunden zum Bereich Pflege und Gesundheit im Kreis Warendorf

Im Rahmen aktueller Diskussionen und Vorhaben im Bereich Gesundheit und Pflege habe ich mehrere Fachgespräche zur Gesundheitspolitik und zum sogenannten Pflege-TÜV im Kreis Warendorf organisiert.

Darunter war unter anderem eine Gesprächsrunde mit Vertretern des **Praxisnetzes Warendorfer Ärzte**, Vorsitzender Dr. Rolf Thelen mit dem Gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jens Spahn in Warendorf. So begrüßt das Praxisnetz Warendorfer Ärzte die initiative der Union im Bundestag zur Änderung des §87b im neuen GKV Versorgungsstrukturgesetz. Die Praxisnetze hatten in den letzten Jahren einen erheblichen Anteil an der Organisation und dem Ausbau der regionalen zeit- und ortsnahe Versorgung der Bevölkerung.

Ferner kam **Rudolf Henke MdB**, Vorsitzender des Marburger Bundes, auf meine Einladung hin in den Kreis Warendorf und nahm an Gesprächen mit Vertretern der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen im Kreis teil.

Grundlage der Diskussion in Ahlen war der „14-Punkte-Plan zur medizinischen Versorgung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der wenig später seine Endfassung erhalten sollte. Die Vertreter der Krankenhäuser hatten so Gelegenheit, zu verschiedenen für sie wichtigen Punkten im Vorfeld Stellung zu nehmen. Schwerpunkte des Gesprächs waren das Hygienegesetz, das Patientenrechtegesetz sowie die ärztliche Versorgung in ländlichen Bereichen.

Im Anschluss an das Treffen in Ahlen nahm ich an der Seite von Rudolf Henke an der Führung durch den Wohnpark Sankt Clemens sowie an einer **Diskussion mit Pflegeheim- und Pflegedienstleitern von Altenheimen des Kreises** in Telgte teil. Diese äußerten ihre Kritik an den „Prüfungen im Rahmen der Pflgegetransparenzvereinbarungen“, besser bekannt als Pflege-TÜV. Rudolf Henke und ich nahmen die Anregungen und Verbesserungsvorschläge mit nach Berlin, um sie dort in die Diskussion zu führen.

### Gesprächsrunden zum Thema Inklusion im Kreis Warendorf

Zum Thema Inklusion habe ich den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen für einen Tag in den Kreis Warendorf eingeladen. Hubert Hüppe besuchte gemeinsam mit mir den Angela-Kindergarten, eine heilpädagogische Tageseinrichtung in Beckum, und die Freckenhorster Werkstätten. Dabei suchte er das direkte Gespräch mit den Behinderten, fragte sie nach ihren Wünschen und verteilte Informationsmaterial, wo sie sich Rat und Unterstützung holen können. In einer Gesprächsrunde mit Werkstattrat, Elternbeirat, Caritasvorstand und Vorstand des Fördervereins diskutierte Hüppe über Wege, mit immer weniger Mitteln eine immer bessere Betreuung von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Erste Anregungen konnten umgesetzt werden.

### **Mehrgenerationenhaus und Mütterzentrum Beckum**

Ich habe mich sehr über die Nachricht aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefreut, dass das Mehrgenerationenhaus Beckum für das neue Aktionsprogramm des Ministeriums bis 2014 ausgewählt wurde. Dies ist der verdiente Erfolg für die professionelle Arbeit und das vielfältige ehrenamtliche Engagement, das sich in dem breit gefächerten Angebotsspektrum des Mütterzentrums und Mehrgenerationenhauses Beckum zeigt. Seit 2006 bieten Mehrgenerationenhäuser Alt und Jung die Möglichkeit zum Austausch, zur Mitgestaltung und zur gegenseitigen Unterstützung vor Ort. Das BMFSFJ hat nun ein Folgeprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro bis 2014 aufgelegt. Für die Aufnahme des Mehrgenerationenhauses Beckum in das neue Programm habe ich mich sehr gerne in Berlin eingesetzt. Das Haus kann nun weiterhin mit einem jährlichen Zuschuss von 40.000 Euro rechnen, hiervon kommen 30.000 Euro aus Bundes- und EFS-Mitteln, den restlichen Anteil trägt die Kommune.

### **Viele Bürgeranfragen**

Mich erreichen täglich eine Vielzahl von Bürgeranfragen per Brief, Email oder Telefon. Die Bürgerinnen und Bürger des Kreis Warendorf teilen mir mit, was sie bewegt. Dieser Austausch ist mir sehr wichtig. Ich lege dabei großen Wert auf eine schnelle Beantwortung von Bürgeranfragen.

Auf diese Weise habe ich seit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag viele hundert (!) Bürgeranfragen beantwortet. Das Themenspektrum ist hier breit gestreut. So geht es um Auskünfte zu bundespolitischen Gesetzgebungsvorhaben über meine Position zu bestimmten Themen bis hin zu ganz persönlichen Anliegen.

### **Besucherzahlen**

Mit einer solchen Nachfrage habe ich nicht gerechnet: Seit November 2009 haben mich ca. 3300 Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Warendorf besucht. Mit rund 2300 habe ich persönlich diskutiert, den anderen habe ich einen Besuch im Reichstag vermittelt.

Für die Besucherinnen und die Besucher aus dem Kreis Warendorf nehme ich mir gerne Zeit und stehe zu Gesprächen zur Verfügung. Seit Jahren ist mein Motto „Einer von uns“ – konsequent für den Wahlkreis arbeiten!